

# Kleines Land, was nun?

bergsicht



KAPITEL 1

## Fehlgeleitete Erwartungsbildung

Vieles ist geschehen in den vergangenen sechs Monaten, nur etwas hat nicht stattgefunden: Ein laut vernehmlicher Rauschmiss ziemlich aller Chefredaktoren aus ihren Sesseln bei nahezu sämtlichen Medien, von Radiostationen über Fernsehanstalten bis zu den meisten Zeitungen und Zeitschriften. Denn sie alle haben samt und sonders in ihrer Berichterstattung zu den zwei wesentlichsten Veränderungen im «big picture» der Welt in diesem Jahr – der Brexit-Abstimmung und der Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten – in geradezu grotesker Weise kollektiv versagt. Und wer je einmal gemeint hat, die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie ver helfe zu mehr und nicht zu weniger Vielfalt, müsste angesichts der Kollektivität des Versagens in sich gehen und sich fragen, ob nicht das technisch allzu leicht vollziehbare «Copy-Paste» das selbständige menschliche Denken schon weitgehend eliminiert habe.

Selbstverständlich steht ausser Frage, dass Medien und mithin deren Exponenten einer bestimmten Meinung sein dürfen. Man kann mit sehr valablen Gründen gegen den Brexit und gegen die Person Donald Trump gewesen sein und gewünscht haben, dass der Ausgang von Abstimmung beziehungsweise Wahl der eigenen Meinung entsprechend erfolgen werde.

Die Brexit-Befürworter und der Wahlkämpfer Donald Trump lieferten ja beileibe genügend Anlass zu entsprechender Parteinahme. Wenn aber der Wunsch zum Vater aller Gedanken wird und die Reflexion über die Faktenlage verdrängt, ja, wenn der Wunsch sogar so weit geht, mit edukativen Methoden explizite oder vor allem implizite Denkverbote gegen Dritte auszusenden, dann liegt Versagen im eigentlichen Sinn des Wortes vor: statt Information Desinformation. Kein Artikel, keine Berichterstattung in Fernsehen oder Radio, die ohne Brexit- oder Trump-Bashing auskamen. Kein Beitrag ohne Verwendung der Populismus-Keule. Kaum eine echte Analyse der zwar vielleicht ungehobelt geäusserten, aber bei zweitem Hinsehen unter Umständen dennoch nachvollziehbaren Gründe, weshalb auch durchaus kultivierte und intelligente Menschen für den Austritt Grossbritanniens aus der EU oder für den Bruch mit der bisherigen amerikanischen Politelite sein konnten. Die Medien haben verlernt, dass Demokratie nicht lediglich eine verlässliche Stütze eines selbstverliebten Machtzirkels sein kann, sondern das jeweils andere und vielleicht unerwünschte Resultat – mit all seinen Unwägbarkeiten und Risiken! – eben auch zulässt.

Nicht wesentlich besser schnitt im übrigen in beiden Fällen der Informations- und Meinungsbildungsprozess an den Finanzmärkten ab. Getrieben vom Medienkollektiv, geblendet von gezinkten Umfrageergebnissen, aber auch genährt von der Freundlichkeit der bisherigen Verhältnisse an den Obligationen-, Aktien- und Währungsmärkten – was den Wunsch nach einer Extrapolation des Gewesenen nachvollziehbar macht – liessen sich die allermeisten Analysten und Akteure in die Irre leiten. Noch am Vorabend der Wahl versicherte uns der Vertreter einer angesehenen Vermögensverwaltungsbank anlässlich einer Präsentation, man habe im Hinblick auf den voraussichtlichen Sieg

Hillary Clintons die Aktienquote beträchtlich übergewichtet. Nun, das Übergewicht hat sich inzwischen zwar ausbezahlt, aber nicht wegen Clinton, sondern wegen Trump. Die Fehlüberlegungen waren doppelt, aber zweimal falsch kann an den Finanzmärkten zum Glück auch «richtig» bedeuten. Wir gönnen es ihm und uns.

Dennoch: Die seltsame Erwartungsbildung an den Finanzmärkten muss fast noch mehr zu denken geben als die Fehlleistung der Medien. Eigentlich, so zumindest die Ansicht der Finanztheoretiker, müsste die Erwartungsbildung ja *effizient* erfolgen, und mithin müssten einseitige Medienberichterstattung oder klägliche Meinungsforschung mit Skepsis aufgenommen werden. Das war in beiden Fällen, beim Brexit wie auch bei der Wahl von Donald Trump, aber offenkundig nicht der Fall. Wir, im Think Tank der *bergsicht*, haben schon seit längerem die Theorie der effizienten Erwartungsbildung durch das in Stanford entstandene Denkgerüst der «*rational beliefs*» ersetzt: Solange viele an eine bestimmte Marschrichtung glauben, ist es rational, dasselbe zu glauben, weil man damit Geld machen kann. Nach dieser Theorie wäre die Fehlleistung sozusagen aller Analysten und Akteure im Fall Brexit und im Fall Trump wenigstens erklärbar. Die Theorie besagt aber auch, dass selbständiges und gegebenenfalls über längere Zeit hinweg ausgesprochen quer verlaufendes Denken sich ultimativ auch lohnen kann, nämlich dann, wenn die «*beliefs*» durch einen Schock in die Realität zurückgeholt werden. Daraus beziehen wir letztlich auch unsere Motivation zur laufenden Ordnung unserer Gedanken und zu deren Weitergabe an unsere Leserinnen und Leser.

Falsch gelegen zu haben, ist das eine. Was von Medien und Finanzanalyse verpasst wurde, ist viel bedeutsamer: Nämlich die analytische Annäherung an völlig neue Verhältnisse, die sich für die demokratische Entscheidungsfindung durch die Möglichkeiten von Internet und Big Data ergeben haben. Seit der Wahl Obamas zum US-Präsidenten weiss man um das Momentum, das in den Social Media erzeugt werden kann. «Öffentliche Meinung», beherrschende Redaktoren, das politisch korrekte Resultat vorwegnehmende Meinungsforschungsergebnisse: Sie scheinen, angesichts der Direktheit des Einflusses einfacher Botschaften über Twitter und ähnliche Verbreitungsinstrumente und die daraus folgende Gruppendynamik dramatisch an Bedeutung verloren zu haben.

Die 22. Ausgabe der *bergsicht* beschäftigt sich mit der *neuen Weltlage* nach dem Brexit-Entscheid und der Trump-Wahl. Damit die Analyse nicht im luftleeren Raum auf allzu theoretischer Ebene bleibt, wenden wir die Erkenntnisse am Ende auf das an, was uns am nächsten liegt: auf unser eigenes Land. Dieses bedarf ja offenkundig strategischer Neuorientierung, und so hoffen wir, dieser Beitrag zum Thema komme zur rechten Zeit.

## KAPITEL 2

### Nicht aus heiterem Himmel

Wer die Welt zu verstehen sucht, kommt um die Bündelung einzelner Geschehnisse und Entwicklungen nicht herum. Schlagwörter und Begriffe, welche zu diesem Zweck benötigt werden, weisen allesamt die

Gefahr der semantischen Unschärfe auf. So ist «*Globalisierung*» nur auf den ersten Blick ein klarer Begriff; Befürworter und Gegner der Globalisierung weisen ihr völlig unterschiedliche Inhalte zu: Den einen bedeutet sie Wohlstandsgewinn durch weltweit möglichst frei gestalteten Austausch von Gütern, Kapital und Dienstleistungen, den anderen ist sie fehlgeleitete Ausbreitung des Grosskapitals und der auf ihm beruhenden Grossunternehmen bis in die feinsten Verästelungen einzelner Räume und Kulturen hinaus. Die einen sehen sie als chancenreichen Abschied von gefährlicher Kleinstaaterei hin zur global-kommunitarischen, externalitätenarmen Weltverwaltung, die anderen als Verlustquelle für Souveränität und selbstbestimmte Eigenverantwortlichkeit. Wir versuchen, einer normativ gefärbten Begrifflichkeit möglichst aus dem Weg zu gehen.

«Globalisierung» bedeutet für uns einen Megatrend in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht zu einem System, bei dem territoriale Grenzen eine immer geringere bis gar keine Rolle mehr spielen. Es liegt auf der Hand, dass in Bereichen, die per se nicht-territorialer Natur sind, wie zum Beispiel das Internet und die Bewirtschaftung von Clouds, die Globalisierung am weitesten gediehen ist und auch unvermindert anhält. Und es liegt auch auf der Hand, dass solchermassen grenzenlos verfügbares, wie zum Beispiel Internetwährungen, in Konkurrenz tritt zu traditionell territorial angebotenen Aktivitäten und Angelegenheiten wie nationale Währungen. Dasselbe gilt für das traditionell schon lange virtuell existente und damit globalisiert einsetzbare Kapital, das seit je her zu territorialen Vorstellungen der Finanzierung von Wirtschaft und Staaten in Konkurrenz stand und weiterhin steht.

Überall dort, wo physische Güter oder von physisch vorhandenen Menschen zu erbringende Dienstleistungen im Spiel stehen, hat es die Globalisierung logischerweise schwerer. Was von der Natur der Sache her verortet ist, kann sich nicht a priori frei bewegen. Ökonomische Argumente sprechen auch im Bereich der mit physischer Präsenz verbundenen Güter und Dienstleistungen für eine weitestgehende Globalisierung, weil dadurch die *Skaleneffekte* und die jeweiligen *komparativen Vorteile* am besten zum Tragen kommen. Territorial verknüpfte Produktionsmethoden standen seit je in Konkurrenz zu solcherart Globalisierung; entweder stellt man sich dem Wettbewerb und wird selber produktiver, oder man versteckt sich hinter Zöllen und Gebühren auf Importen oder hinter nichttariflichen, regulatorischen Hürden. Der den freien Austausch von Gütern fördernde Freihandel mittels bilateraler Abkommen und multilateralen Zusammenschlüssen und die durch die World Trade Organisation (WTO) festgelegten Minimalstandards stehen dem namentlich auch durch die Binnenmarktbildung laufend erhöhten Regulationsniveau entgegen. Es ist, wie Beat Gygi kürzlich festhielt (Weltwoche 43/2016), nicht so eindeutig, ob der Nettoeffekt von Verzicht auf Zollschränken und dem Anstieg der Regulationslast innerhalb grosser Binnenmärkte und bei umfassenden Freihandelsabkommen wie dem berühmten TTIP wirklich positiv ausfällt. Das Bild von der «Festung Europa» ist nicht ganz falsch; der vielgepriesene Binnenmarkt mit sei-

nen vier Freiheiten ist alles andere als frei. Oder anders gesagt: Wo zunehmende Globalisierung vermutet wird, gab es schon längst entsprechende Gegentrends.

Das gilt im übrigen auch im virtuellen Bereich des Internets und anderer elektronischer Plattformen wie auch beim Geld respektive bei den Währungen und beim Kapital. Beim Internet fällt auf, wie viele Staaten versuchen, irgendwelche angebliche Schutzbedürfnisse gegenüber ihren eigenen Bürgern durch Zensur und andere Massnahmen durchzusetzen und auf diese Weise das globalisierte Angebot zu territorialisieren und domestizieren. Ähnliches gilt für den Geldverkehr, wo beispielsweise die USA darauf beharren, dass jede einzelne Banktransaktion in eigener Währung die Schlaufe über das Territorium der USA macht. Im Kapitalmarkt bestehen (in zunehmendem Masse) Regelungen, welche auf Transparenz, wohl bald einmal auch auf Genehmigung des Erwerbs von Kapitalanteilen hinauslaufen.

Globalisierung, also die Ent-Territorialisierung von Systemen, Vorgängen und Sachverhalten, stand und steht mit anderen Worten seit je im Widerstreit mit dem, was man nun *Re-Nationalisierung* nennt. Dass die territorial bezogenen Kräfte Aufwind erhalten, war nach Abflauen der Finanzkrise von 2008/09 bald einmal deutlich erkennbar. In der Krise hatte sich ja gezeigt, dass viele als global erachtete Systeme und Vorgänge zu wenig wasserdicht sind und dass am Ende – zumindest im Krisenmodus – stets das Territorium gerade stehen muss: in den USA das Fed, in Grossbritannien die Bank of England, für Europa die EZB und ihr Garant Deutschland. Die Bewältigung von Krisen ruft nach ultimativen Mitteln und verlangt nach Durchsetzungsfähigkeit. Wo die Krise sich nicht verziehen wollte und auf diese Weise ein politisches Problem entstand, ergriffen nach und nach die territorialen Systeme protektionistische Massnahmen zum Schutz und zur Begünstigung ihrer eigenen Belange. Wir wiesen erstmals im Februar 2014 (*bergsicht* Ausgabe Nr. 5 «Re-Nationalisierung der Welt?») auf unübersehbar nationalistische Züge in der damals neuen Wirtschaftspolitik Japans hin und monierten nach der kalten Übernahme der Halbinsel Krim durch Russland (*bergsicht* Ausgabe Nr. 6 «Putins Tat»), dass nunmehr die Würfel in Richtung Re-Nationalisierung definitiv gefallen seien. Nicht, dass wir uns das wünschten, im Gegenteil, aber wer die Augen davor und vor den absehbaren Konsequenzen verschloss, tat genau das, was wir nun den Chefredaktoren und den Analysten vorwerfen müssen: Er machte seinen Wunsch zur illusorischen Wirklichkeit, an die sich zu halten hatte, wer richtigen Glaubens ist.

### KAPITEL 3

## Der Mensch, ein Sippenwesen

Globalisierung im Sinne der Ent-Territorialisierung von Systemen, Vorgängen und Sachverhalten war bezüglich ultimativer Fragestellungen, das heisst der Bewältigung von Krisen, der Anwendung von Gewalt, der obrigkeitlichen Durchsetzung von Anordnungen, kurz im Bereiche der *Macht*, nicht genügend durch-

dacht. Wir vermuten, dass ohne eine alles bis ins letzte Detail kontrollierende Super-Weltmacht globale Konzepte stets auf Partnerschaft im mehr oder weniger *kooperativen Modus* angewiesen sind. Schlägt die Spielweise ins Nicht-Kooperative um, dann muss Macht angewendet oder zumindest glaubhaft angedroht werden können. Die Uno als global einsetzbare Macht-Plattform funktionierte genau so lange einwandfrei, als eine einzige Macht, nämlich damals die USA, sich im Sicherheitsrat ohne weiteres durchsetzen konnte. Vor und nach diesem kurzen Zeitfenster während den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts war das nicht mehr der Fall, und heute erweist sich dieses Gremium hinsichtlich der Problematik in Syrien und anderen Konfliktzonen als weitestgehend dysfunktional. Fazit: Weltmacht tritt heute wieder *geteilt* in Erscheinung, und das wird nicht nur so bleiben, sondern sich mit dem Aufstieg Chinas noch weiter akzentuieren.

Auch andere, für die Sicherheit im weitesten Sinne gedachte und konzipierte, übergeordnete Systeme haben sich kaum oder gar nicht bewährt. In Europa hat das Dublin-Abkommen zum Schlamassel im Flüchtlingsbereich geführt mit klar negativen Auswirkungen bei der Zuwanderungsfrage ganz allgemein: Der negative Anreiz zur Erstregistrierung verhindert eine frühzeitige Unterscheidung zwischen Flucht und Zuwanderung – mit reinen Flüchtlingen hätte sich kaum ein politisch relevantes Migrationsproblem ergeben. Dank Dublin, dem dümmsten aller europäischen Abkommen, ist es nun von prioritärer Natur in den politischen Agenden. Schengen hat zwar das Reisen in Europa erleichtert, der Preis dafür liegt jedoch in einem Anstieg offener und verdeckter Kriminalität und der Unfähigkeit, die offenkundigen Mängel im System innert nützlicher Frist zu beheben, was den übergeordnet organisierten Sicherheitsanstrengungen das notwendige Vertrauen entzogen hat. Resultat: Man möchte die Kontrolle zurückerobern.

Der heutige Mensch in der – zum Glück! – weitestgehend friktionslos funktionierenden Gesellschaft westlicher Prägung denkt und verhält sich zu 95 Prozent im kooperativen Spielmodus. Das war während langer Zeit der menschlichen Evolution nicht so, und in vielen Gegenden der Welt müssen die Leute auch heute noch zu jeder Tages- und Nachtstunde damit rechnen, in eine nicht-kooperativ geprägte Auseinandersetzung verwickelt zu werden. Der Luxus der Sicherheit führt zu Fehlschlüssen in Bezug auf die wahre Natur des Menschen. Wenn es in irgendeiner Weise um die Existenz des Menschen eng wird – oder wenn sich auch nur ein solches Angstgefühl einstellt –, dann erhalten Kleinhirn und Adrenalin die Oberhand. «Take back control» war nicht lediglich ein genialer Slogan für den Brexit-Abstimmungskampf, sondern traf und trifft die Befindlichkeit von Menschen, die zurecht oder zu unrecht das Vertrauen in eine entfernte, übergeordnete Problemlösung verloren haben.

Der um seine Existenz bangende Mensch sucht Nähe, sucht seinesgleichen. «Diversität» ist, wie der amerikanische Politologe Mark Lilla jüngst bemerkte (NZZ vom 26.11.2016), ohnehin ein problematisches politisches Ziel, auch und gerade für die politische

Linke, der vor lauter Pflege von Randgruppen die Hauptklientel abhandengekommen ist. Diversität funktioniert als politisches Mantra aber vor allem dann nicht, wenn es die Leute mit Angst zu tun haben. Nun kann man selbstverständlich mit Fug verschiedensten Politikern vorwerfen, sie schürten mit Absicht solche Ängste; darin bestehe just das, was man Populismus nennt. Wir sehen das anders. Dem Erfolg des Populismus steht ein Verrat gegenüber. Ein Verrat, begangen durch jene, die illusionäre, nicht durchdachte und nicht krisenresistente, angstgenerierende Systeme bewirtschaften, die deren Mängel schönreden, die eine angeblich heile Welt ohne nicht-kooperativen Modus vorgaukeln und die jegliche Kritik als rechtspopulistische Unkorrektheit brandmarken. Das Misstrauen gegen übergeordnete Systeme und die Furcht vor unkontrollierbaren Entwicklungen haben sich längst über das eigentliche Angstthema der persönlichen Sicherheit und des Heimatverlustes hinaus ausgeweitet: arbeitsplatzfressende Desindustrialisierung, sich hoffnungslos auftürmende Schuldenberge, Enteignung des Sparerers durch zu tiefe oder gar negative Zinsen – es ist schwierig, angesichts einer solchen Mängelliste nicht ebenfalls zum «Populisten» zu werden, der die Kontrolle zurückerlangen will. Dass sich die populistischen Heilsversprechen dereinst einmal als von analog hohlem Charakter entpuppen werden, ändert an der heutigen Ausgangslage nichts: Der Boden für sie ist überaus fruchtbar.

#### KAPITEL 4

### Planlos oder pragmatisch?

So werden denn nun ab dem 20. Januar 2017 die USA von einem Populisten regiert – schreckliche Aussichten für all jene, die der Glaubensgemeinschaft für übergeordnete Systeme angehören. Der unverhohlenen nun nicht nur von Leuten wie Putin und Erdogan, sondern vom höchsten Vertreter des insgesamt wichtigsten Landes der Welt geäußerte Machtanspruch trifft sie ins Mark. Genauso, wie der unmissverständliche Auszug der Briten aus der EU das Selbstverständnis der Integrationisten getroffen hat. Manche sehen nun den Weltuntergang kommen; so titelte der Spiegel in seiner ersten Nummer nach der Wahl Donald Trumps: «Das Ende der Welt (wie wir sie kennen)». Jenseits jeglicher Normativität und fernab von jeglichen Glaubenssätzen halten wir uns in unserem Urteil und der Voraussage von Erfolg oder Desaster zurück. Unsere Devise aus der *bergsicht* 1 «Wir glauben niemandem, wir trauen allen alles zu» gilt noch immer.

Selbstverständlich wird auch ein Donald Trump von der Realität eingeholt werden, ja, er ist es schon längst. Der *finanzielle Spielraum* seines hoch verschuldeten Staats ist *gering*. Wenn sich nicht recht bald Wachstum von, sagen wir, mindestens 3 Prozent einstellt, wird er es bleiben. Höheres Wachstum könnte aber auch höhere Teuerung und damit höhere Zinsen bedeuten. Dann würde der Zinsendienst für die Staatsverschuldung bald einmal unerträglich beziehungsweise der fiskalische Spielraum enorm eng. Den Trend zu immer mehr Regulierung zu brechen, wird auch für einen un-

verbrauchten Politiker schwierig werden. Eine ganze, wohlbestückte und zähe Administration und der ganze Apparat der Regulierungsprofiteure von Anwälten über Rechnungsprüfer bis zu Beratungsfirmen aller Art werden sich entgegenstemmen und stets wohlfeile Begründungen dafür finden. Auch ein Frischling im System wird die Mängel im amerikanischen Gesundheitssystem – hohe Kosten und eine fragwürdige Grundversorgung und -versicherung – nicht so leicht beseitigen können. Die Grenze zu Mexiko ist zwar einfacher zu kontrollieren als das Mittelmeer im Falle Europas, aber ist eine Mauer wirklich das, was sich die Amerikaner wünschen? Die Kostenbeteiligung Verbündeter im sicherheitspolitischen Bereich: Wird sie sich durchsetzen lassen ohne Gefährdung wesentlicher Positionen? Wir glauben vorderhand kaum an eine Neuauflage einer Art Monroe-Doktrin, welche den Einflussbereich der USA einfach auf naheliegende Territorium der amerikanischen Subkontinente beschränkt. Wiederaufbau einer amerikanischen Industrie? Partiiell denkbar, aber nur dort, wo dank Produktivitätsvorsprüngen die komparativen Kosten doch nicht hoffnungslos höher sind. Blue Jeans, in den USA aus eigener Baumwolle produziert: Wir glauben nicht daran. Solcherart Protektionismus hätte unweigerlich hohe Inflationsraten zur Folge. Das überlebt kein amerikanischer Präsident. Die Gefahr, angesichts der Fülle von geerbten Problemen der Vorgänger zur Planlosigkeit verdammt zu sein, ist nicht von der Hand zu weisen. Dieser Gefahr wäre aber auch eine Präsidentin Clinton ausgesetzt gewesen. So gesehen trifft der Vorwurf der Planlosigkeit Donald Trumps nicht wirklich ins Schwarze.

Was deshalb wahrscheinlich ist: Dass mit Donald Trump ein ausgesprochener *Pragmatiker* ans Werk geht, der stets das tut, was aus der gegebenen Situation als «richtig» erscheint. Soweit heute schon abschätzbar, hat er sich eine ausgewogene und durchaus kompetent erscheinende Truppe zugelegt. Dass einstige scharfe, unversöhnlich erscheinende Gegner (Romney!) dazugehören könnten, spricht für ihn. Dass Trump frühzeitig zum Rückzug von allzu leichtfertig ausgesprochenen Wahlversprechen blies, weist auf taktisches Geschick hin. Dass er durch die Aufgabe seiner Firma unausweichliche Interessenskonflikte ausschaltet, lässt auf einen angemessenen Einfluss seines Beraterstabes schliessen. Bis auf weiteres geben ihm die Finanzmärkte in neuer Einschätzung der Lage Kredit. Ob sie nun rationaler sind als vor der Wahl?

Es könnte sein, dass sich mit Trumps voraussehbar Pragmatismus das für Europäer so wichtige Verhältnis zu Russland entspannt, weil sich zwei anfechtbare Persönlichkeiten in Äquivalenz gegenüberstehen und nicht wie bis anhin ein angeblich über alle moralische Zweifel Erhabener einer angeblichen Unperson. Mag auch sein, dass Donald Trump ein glaubwürdigerer Gegenspieler zu dem zu vielen Winkelzügen fähigen chinesischen Machthaber Xi Jinping sein wird, weil er in seinem bisherigen Berufsleben mit ähnlichen Praktiken Bekanntschaft gemacht hatte und von wenig Skrupel geplagt ist. Wie sich ein Donald Trump mit Frau Merkel vertragen wird, das hingegen wollen wir an dieser Stelle nicht prognostizieren. Aber auch hier gilt: Man wird sich

finden müssen und deshalb auch finden. Das unmittelbar bevorstehende Ende der Welt ist in höchstem Masse unwahrscheinlich, auch wenn der Spiegel das behauptet.

Die Logik der wiedergefundenen nationalen Interessen in den USA spricht für eine erhöhte Respektierung der nationalen Interessen anderer Länder durch die USA. Die Respektierung eines gewissen Masses an Reziprozität wäre eine wirklich neue Wendung im internationalen Staatsgefüge. Reziprozität wurde von Russland, China und der Türkei bereits überdeutlich angemahnt; andere Länder oder Ländergruppen werden sich erst noch an diese neue Spielanordnung gewöhnen müssen. Nicht Selbstaufgabe zugunsten eines Höheren, angeblich Besseren, ist in nächster Zeit gefragt, sondern selbstbewusste Wahrnehmung von Eigeninteressen. In Vorwegnahme unseres Schlusskapitels: Die auf akkommodatives Verhalten aus- und abgerichteten Schweizer Diplomaten werden diese neuen Umgangsformen kaum bewältigen können. Sesselrücken ist also nicht nur bei Chefredaktoren, sondern auch bei Chefdiplomaten angesagt!

## KAPITEL 5

### Failed State

Wenden wir uns unserem eigenen Kontinent zu. In unserer ersten Annäherung zum Verständnis des Geschehens rund um den Brexit-Entscheid verglichen wir den Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union mit dem Kirchensisma der Anglikaner im Jahre 1529 und sagten aufgrund dessen die Möglichkeit einer «Gegenreformation» voraus, also die Verhärtung und Vertiefung der Positionen auf Seiten der EU im Sinne eines «Jetzt erst recht». Aus heutiger Sicht beziehungsweise nach intensiven Erkundigungen und entsprechender Denkarbeit räumen wir dieser Option, zumindest was die gesamte EU der dann zumal 27 Mitgliedsländer betrifft, nur noch geringe Chancen ein. Wahrscheinlicher sind für uns die zwei anderen damals skizzierten Möglichkeiten, nämlich die Optionen «Weiterwursteln» und «Rückbau», wobei wir bei der ersten das Abgleiten in chaotische Zustände durchaus einschliessen und auch beim territorialen und/oder sachlichen Rückbau bezüglich Wahrung der Stabilität durchaus pessimistisch sind. Weshalb?

Es kommt aus unserer Sicht eben sehr darauf an, als welche Art Gebilde man die EU analytisch einstuft. Klassisch ist die Sichtweise eines Zusammenschlusses von befreundeten Nationen zu einem *neuen Ganzen sui generis*. Demnach entspricht die EU dem Versuch, ja der faktisch vollzogenen Hinwendung souveräner Staaten zur teilweisen Aufgabe ihrer selbst und zur Einbringung in ein übergeordnetes System, dem seinerseits mangels begriffswesentlicher Elemente *keine echte Staatlichkeit* zukommt. Einer «Wirtschaftsunion» nach Lehrbuch entspricht die EU längst nicht mehr. Etwas salopp könnte man sie Quadratur des Zirkels nennen, deren offenkundige Mängel wie das Demokratiedefizit und die Bürgerferne, wie die seltsame Dreiecksgovernance zwischen Ministerrat, Kommission und dem kompetenzarmen Parlament, wie die atemberaubend

schuldenorientierte Finanzierung sozusagen aller gemeinschaftlichen Entitäten über Garantien (überschuldeter) Mitgliedsländer und so weiter durch die hohen Ziele einer stabilen europäischen Friedensordnung und eines wohlfahrtspendenden Binnenmarkts kompensiert werden. Die realexistierende Quadratur EU kommt ohne ein solches konkretisierendes, auf übergeordnete Zielsetzungen ausgerichtetes, Credo nicht aus.

Und genau darin liegt analytisch das Problem des Gebildes: Durch die intrinsisch bedingte Infragestellung ebendieser Zielsetzungen implodiert es schon rein begrifflich, und das reale Ende dürfte dann nicht lange auf sich warten lassen. Friedensordnung: Dank (intrinsisch bedingter) Nichtbeherrschung der Zuwanderungsproblematik und der Binnenwanderung stehen wir vor der Wahrscheinlichkeit, dass wesentliche europäische Länder politisch ins Extreme kippen. Wohlfahrt: Dank (intrinsisch bedingter) währungs- und geldpolitischer Verzerrungen und der Unmöglichkeit, Ungleichgewichte anders als über politisch gesteuerte Fiskal- und Transfermechanismen auszugleichen, haben sich Wohlfahrtsverluste ergeben, die sich in nach wie vor schreckenserregender Arbeitslosigkeit und viel zu tiefen Wachstumszahlen äussern, dies wohlgerne bei einer völlig haltlos akkommodativen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank.

Eine gemeinsame Währungsunion kann nur funktionieren, wenn die Mitgliedsländer gleiche Wirtschaftszyklen und ähnliche Strukturen aufweisen. Dies war von Beginn weg nicht gegeben. Mit der Aufnahme neuer Länder aus Osteuropa wurde untermauert, dass es weniger um eine Wirtschaftsunion als eine gemeinsame «Politische Union» geht. Deswegen kann man sich alternativ das Gebilde der EU als den Versuch eines echten, das heisst gewöhnlichen *nation buildings*, des Aufbaus eines europäischen Bundesstaats, vorstellen. So wurde und wird viel Gewicht auf die Existenz eines Menschen gelegt, der Europäer heissen und den Deutschen, Italiener, Franzosen, Ungaren und Griechen bald einmal ablösen soll. Staatsvolk Europäer also. So wurde das «Staatsgebiet» laufend erweitert, namentlich nach dem Fall der Berliner Mauer unter dem Begriff der «Osterweiterung», bis Russland 2015 dem Treiben in der Ukraine ein vorläufiges Ende setzte. So übertrug man über das Schengen- und das Dublin-Abkommen wesentliche Aufgaben zur Gewährleistung der inneren und äusseren Sicherheit an das übergeordnete Gebilde, und man errichtete mit dem Europäischen Gerichtshof auch eine ultimative Instanz, die gemeinsamem Recht zum Durchbruch verhelfen kann. Staatsgewalt also.

Die Triade Staatsvolk – Staatsgebiet – Staatsgewalt gemäss Jellinek wäre also (teilweise) erfüllt, die Staatlichkeit entsprechend gegeben. Zudem hat sich durch die Einführung der Einheitswährung, wenigstens auf einem Teil des Staatsgebiets, auch noch ein zusätzliches kohärenzstiftendes Element ergeben, genauso durch die verschiedenen gemeinschaftlichen Stabilitäts- und Fördermechanismen wie dem EFSF, dem ESM und der EFSI, welche eine dem mittelalterlichen Lehnswesen ähnliche Reichsbildung von oben nach unten bewirken. Der Vorstellung der EU als Staatsgebilde stehen allerdings der Mangel einer ausdrücklichen

Verfassung und die Lücken im Aufbau, am offenkundigsten im Fehlen einer eigenen Streitmacht, entgegen. Nur: Auch England, unbestrittenermassen eine Nation, hat auch keine ausdrückliche Verfassung. Und: Das Militärische war halt in Europa seit je an die Nato beziehungsweise extraterritorial an die USA delegiert.

Die EU, nicht gedacht als Gebilde *sui generis*, sondern als gewöhnliches Land, kommt ohne Credo aus. Innerer Frieden und Wohlfahrt gehören ohnehin zur Begrifflichkeit eines Staates. Und so gesehen kommt einer gewöhnlichen Nation Europa auch keine übergeordnete Moralität zu im Vergleich zu anderen gewöhnlichen Nationen wie Deutschland oder Italien oder Frankreich; euphile Rhetorik, wie sie gerade in Deutschland bis zum Exzess gepflegt wird (keine politisch korrekte Rede ohne Glaubensbekenntnis zur «Union»...), wäre dann ganz gewöhnlich nationalistische Rhetorik, im Falle von Deutschland vielleicht mit kompensatorischem Charakter, weil man das eigene Land ja als Nation nicht lieben darf. Das Bild der EU als Versuch des Aufbaus einer Nation hat zudem und vor allem aber auch den Vorteil, dass man ohne die Komplikation, es mit einem Gebilde *sui generis* mit Credo zu tun zu haben, völlig leidenschaftslos auch vom Scheitern des nation buildings sprechen kann.

Aus derzeitiger Sicht ist das so: Ja, der Versuch zum Aufbau eines europäischen Bundesstaats ist gescheitert. Die präexistenten, kohärenzgefährdenden Differenziale zwischen den einzelnen Teilen Europas haben sich über die vergangenen Jahre ausgeweitet. Deutschland erscheint als grosser Gewinner dieser Entwicklung, wichtige europäische Kernländer wie Italien und Frankreich als Verlierer. Mit dem Austritt Grossbritanniens wird sich ein schwer überbrückbares Ungleichgewicht innerhalb der Union ergeben. Die Lösung der wesentlichsten Herausforderungen zur Sicherstellung von Frieden und Wohlfahrt rückt in immer weitere Ferne, derweil die Schuldenfrage immer wieder gespenstisch aus dem Orchestergraben auftaucht. Die Überlebenswahrscheinlichkeit eines solchen Gebildes ist gering. Seine Teile, die einzelnen Mitgliedsländer, werden immer weniger Vorteile im Kollektiv sehen und aus internen politischen Gründen gezwungen sein, sich selber um die eigenen Probleme zu kümmern. Dies ist übrigens eine Entwicklung, die schon munter Momentum aufgenommen hat: So rief Wien selbständig die früheren Vasallenstaaten aus dem Habsburgerreich zur Schliessung der Balkanroute zusammen, um den Migrationsströmen einen Riegel zu schieben, derweil Bundeskanzlerin Merkel ohne viel EU-Support bilateral und recht risikoreich ein ähnlich ausgerichtetes Separatabkommen mit der Türkei vermittelte.

Wahrscheinlich ist, dass gelegentlich aus der Asche *neue europäische Phönixe* emergieren, sorgsam eingepackt in eine politisch korrekte Begrifflichkeit der «Weiterentwicklung» der Union. Aber das, was einmal angedacht war, wird es in dieser räumlichen Ausbreitung und diesem Vertiefungsgrad nicht mehr lange geben. Man mag das bedauern oder auch nicht. Darum geht es hier nicht. Es geht hier ja vielmehr um eine möglichst passionslose Lagebeurteilung, und diese läuft bezüglich EU darauf hinaus, dass wir es über die kommenden

Jahre in Europa mit einem erheblichen Mass an *Instabilitäten* und *Unwägbarkeiten* zu tun haben werden.

## KAPITEL 6

### Der Sicherheitsbalken

Demgegenüber erweist sich das zweite wichtige Gebilde Europas, die Nato, als erstaunlich zähe und widerstandsfähig. Bei der Nato handelt es sich, hier kann man es kaum anders nennen, tatsächlich um ein *Gebilde sui generis*, versehen mit dem Zweck der gemeinsam betriebenen Sicherheitspolitik. Gewiss, die Nato hat schon viele innere und äussere Krisen durchlebt. Aber dank der klaren Hackordnung, welche den USA die unbestrittene Führerschaft zuerkennt, ihrer Effektivität auf realen Kriegsschauplätzen, ihrer unbestrittenen Alternativlosigkeit für den europäischen Kontinent und den in letzter Zeit eher gestiegenen sicherheitspolitischen Problemen erweist sie sich als der wirkliche *Stabilitätsfaktor* Europas. Wenn von «Friedensordnung» auf dem Alten Kontinent gesprochen wird, dann müsste objektiverweise wohl die Nato und nicht die EU an erster Stelle genannt werden. Nun stellt sich allerdings die Frage, ob die Hinwendung des neuen amerikanischen Präsidenten zu einer engeren nationalen Sichtweise dieses Erfolgsmodell gefährden wird. Die Wahlkampfrhetorik Donald Trumps deutete in diese Richtung. Seit wir die Ernennungen für sein Kabinett kennen, kann zumindest vorläufig Entwarnung gegeben werden. Der neue Aussenminister und sein künftiger Kollege im Verteidigungsministerium, James N. Mattis, ein ausgesprochener militärischer Hardliner, werden die Erfolgsposition Nato gewiss nicht in Frage stellen wollen. In dieselbe Richtung zielen Aussagen britischer Politiker, welche die finanziellen Mittel, die nicht mehr für die EU eingesetzt werden müssen, künftig zumindest teilweise der Nato zukommen lassen wollen.

In einem durch den absehbaren Verfall der gebildeten EU-Strukturen gerüttelten und geschüttelten Europa wird im Gegenteil der Nato eine über die äussere Sicherheit hinausgehende, stabilitätsfördernde Funktion zukommen. Zur Logik dieses Gedankengangs gehört, dass es nicht unwahrscheinlich ist, der *Nato* eine bestimmende Rolle im Bereich der europäischen *Migrationsproblematik* zukommen zu lassen. Denn Europa verfügt über kein anderes Instrument zur Vorne«verteidigung» in dieser Angelegenheit, also dort, wo Migranten noch kein Boot und kein europäisches Territorium betreten haben, im Maghreb nämlich. Dass die «Verteidigung» in der Tiefe, das heisst am Nordufer des Mittelmeers, nicht funktioniert und überdies die damit verbundenen menschlichen Tragödien inakzeptabel sind, haben die letzten Jahre überdeutlich bewiesen. Dem Migrationsdruck aus Afrika und von anderswo freien Lauf zu lassen, muss ebenfalls ausgeschlossen werden, denn dadurch würden sich die Länder Europas noch weit über das bestehende Mass hinaus politisch destabilisieren. Europa, das über Donald Trumps Mauer gegenüber Mexiko spottete, wird sich an Gedanken gewöhnen müssen, sein Sicherheitsdispositiv nach Afrika auszudehnen, und sich auch eingestehen müs-

sen, dass ohne die Nato und mithin die Amerikaner diesbezüglich gar nichts zu bewerkstelligen sein wird.

Dieser sicherheitspolitischen Priorität im *mare nostrum* steht wohl das Bedürfnis gegenüber, den Rücken frei von Komplikationen zu halten. Präsident Trump wird das Verhältnis der USA mit Russland deshalb sehr rasch normalisieren wollen, was ohne faktische Anerkennung der Annexion der Krim und ohne das Gewähren eines gewissen *cordon sanitaire* in der Ukraine kaum denkbar ist. Das Verhältnis zur Türkei Erdogans wird voraussichtlich von analogem Pragmatismus geprägt sein, denn die Stabilität der Türkei ist wiederum entscheidend in den Dossiers Iran und Mittlerer Osten. Auch hier gilt: Man mag die absehbare Abkehr von einer von (angeblicher?) Moralität getragenen Politik und die Hinwendung zu Real- und Machtpolitik beklagen. Es könnte aber sein, dass ehrlich-egoistisch-brutale Real- und Machtpolitik nicht wesentlich gefährlicher ist als die gehabte moralisch-illusionäre. Wir werden sehen.

Es gibt zwei immer wichtigere Bereiche, in denen die letztlich militärisch ausgerichtete Nato kein hinreichendes Instrumentarium zur Verfügung stellen kann, weil das zivile Zusammenleben und die Wirtschaft als Ganzes allzu stark miteinbezogen sind: der Umgang mit dem internationalen Terrorismus und die Gefahren im Cyberraum. In beiden Fällen kann eine Militarisierung (als Inbegriff des nicht-kooperativen Modus) ziviler Belange (als Inbegriff kooperativen Zusammenspiels) keine gültige Antwort auf die Herausforderungen darstellen. Der Freiheitsverlust wäre unerträglich; ein Münsterchen davon erhielten wir diesen Sommer beim Besuch des Eiffelturms, der Promenade des Anglais und der europäischen Institutionen in Brüssel: schwerbewaffnete Soldaten zwischen Miniröcken – das geht auf die Länge nicht. Zudem dürfte die Wirkung nahe bei null sein. Beide Bereiche, die Terrorbekämpfung wie auch die Sicherheit im Cyberraum, rufen nach Koordination zwischen den Staaten und auch nach Aktivitäten auf übergeordneter Ebene. In einem sich neu und anders formenden Europa, das die Ängste seiner Bürger ernst nehmen muss, werden Nato-ähnliche, auf diese spezifischen Gefahren hin zugeschnittene Strukturen geschaffen werden müssen. «Zweckverbände» nennt man solcherlei auf schweizerischer Gemeindeebene; FOCJ («Functional Overlapping Competing Jurisdictions») wäre für den übergeordneten Raum eines ganzen Kontinents vielleicht angemessener.

## KAPITEL 7

### Strategischer Handlungsbedarf

Buchstäblich mittendrin, nämlich mitten im europäischen Kontinent, à cheval des Alpenkamms, zwischen dem Exportweltmeister und EU-Stabilisator Deutschland, dem sympathisch-schrägen Halbbalkanland Österreich, dem wirtschaftlich gebeutelten und politisch schwer verständlichen Italien und der ehemaligen grande nation Frankreich, einem Land ohne sichtbare Idee für seine Zukunft, liegt das Sonnenkind Helvetien. Klassenerster in vielerlei Hinsicht – eines der höchsten BIP (pro Kopf) der Welt, geringe Staatsverschuldung, direkt-

demokratische Kultur, schlanke Strukturen, global erfolgreiche Grosskonzerne, grösste ethnische Durchmischung, erfolgreiches Bildungssystem, teures, aber qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen, umfassendes Vorsorgesystem, (noch einigermaßen) liberaler Arbeitsmarkt und so weiter und so fort – schwankt die Schweiz zwischen Anfechtungen aus Neid, Begehrlichkeiten wegen ihrem unleugbaren Erfolg und Strafaktionen, wie sie einem Klassenersten ab und zu verpasst werden. Geliebt ist das Sonnenkind nicht wirklich, und es kann es nicht begreifen. Ja, es liebäugelt dann und wann damit, sich vorsätzlich seiner komparativen Vorteile zu entledigen, als Ausdruck wohlstandverwöhnten Überdresses vielleicht oder auch nur aus naiver Fahrlässigkeit, weil es nicht mehr weiss, woher Wohlstand kommt.

Vor Jahren, als noch alle Zeichen auf noch mehr Integration und noch weniger Kleinstaaterei deuteten, formulierten wir vier mögliche strategische Wege, wie sich ein Klassenerster positionieren kann, um zu überleben, nämlich

1. Die «Grosse-Bruder-Strategie». Die implizite Anlehnung der Schweiz an die USA und an die Nato während dem kalten Krieg beruhte auf einem durchaus werthaltigen *give and take*: Während die eine Seite den atomaren Schutzschirm und darüber hinaus bis zu einem gewissen Grad auch den konventionellen militärischen Schutz gewährte, sorgte die andere Seite für Stabilität im Herzen des damals für den Westen nicht so definitiv gesicherten Europas. Die Schweiz erfreute sich als «implicit junior partner» der USA grösster Freiheiten, von denen sie auch reichlich Gebrauch machte.
2. Die «Join-them-Strategie». Die Schweiz hat sich, mit unterschiedlicher Intensität und Begeisterung zwar, dem Beitritt zur EU stets verschlossen. Er würde eine völlige Änderung des bisherigen Lebensstils bedeuten, zum Beispiel die direkte Demokratie kosten, die ausgesprochen starken Volksrechte, den landesinternen Steuerwettbewerb, die eigene Währung und so weiter. Der Wohlstandsverlust wäre angesichts des grossen Gefälles vorprogrammiert. Die Schweiz würde wohl neben Deutschland rasch zum grössten Nettozahler innerhalb der EU. Das Steuerniveau in unserem Land würde durch die erhöhten Transferleistungen zweifelsohne steigen, ebenso die Regulierungslast.
3. «Die Schule wechseln». Dies findet bei unglücklichen Klassenersten oft und mit Erfolg statt, ist für ein Land inmitten eines Kontinents insgesamt aber ausgeschlossen. Gewiss, die Aussenhandelsstruktur der Schweiz hat sich in den letzten Jahren stark den asiatischen Ländern zugewandt. Die Schweiz ist insofern eine der globalsten Nationen der Welt. Die Virtualisierung der wirtschaftlichen Vorgänge über das Internet akzentuiert noch die Möglichkeiten zur territorialen Loslösung. Dennoch müssen wir uns realistischere doch auch für die fernere Zukunft damit abfinden, dass wir in Europa sind und bleiben.
4. «Intelligente Verzahnung». Sie entspricht dem Versuch des Klassenersten, seine komplementären Vorteile ins Spiel zu bringen. Sie stellt aber auch eine sehr

aufwendige Methode dar, denn man muss dauernd darauf bedacht sein, einerseits allen genug zu geben, ohne ihnen andererseits einen Grund zu liefern, sich mit den anderen zu verbinden und mehr zu erpressen. Die Methode setzt mithin voraus, dass alle unnötigen Abhängigkeiten des Klassenersten laufend eliminiert werden beziehungsweise dass der Unangreifbarkeit des eigenen Verhaltens höchste Priorität zukommt. Der Klassenprimus sollte nicht um seine Kollegen froh sein müssen, er darf nicht deren Sklave werden. Am besten gestellt ist er, wenn er notfalls doch noch von Strategie I «Grosse-Bruder-Strategie» Gebrauch machen könnte.

Angesichts des Scheiterns der Staatenbildung auf europäischer Ebene der EU und den voraussichtlichen tiefgreifenden Veränderungen im europäischen Umfeld, fällt Option 2, der EU-Beitritt, heute ebenso ausser Betracht wie eine zusätzliche Annäherung. An bestehenden Verträgen nicht zu rütteln und möglichst wenig Anlass zu Ärger geben, ist vermutlich der einzig gangbare Weg, auch wenn die innenpolitischen Implikationen, wie der zähe Umgang mit der Masseneinwanderungsinitiative zeigt, gravierender Natur sind. Die «intelligente Verzahnung», Option Nr. 4, steht immer noch im Vordergrund. «Rosinen picken und Rosinen liefern» könnte man sie auch nennen, was im klaren Gegensatz steht zum Beitritt oder zu einer beitriffsaffinen Integrationspolitik, wie sie die Schweizer Aussenpolitik bis heute prägt. Eine der grossen, schwer zu beurteilenden Fragen liegt in der relativen Nähe zum eigentlich einzigen Aktivum, über das die EU wirklich verfügt: zum Binnenmarkt. Wieviel Verzicht auf Unabhängigkeit ist der Schweiz der freie Zugang wert? Es ist ja nicht so, dass es letzteren gibt – bei den Dienstleistungen sind wir weit davon entfernt. Wenn die Schweiz mehr will, ja, wenn sie auf die Länge den Bestand wahren will, muss sie sich wohl auch den institutionellen Implikationen fügen. Eine lediglich auf der Ebene des Freihandels statuierte Nähe muss nicht zwingend schlechter sein, wenn im Gegenzug für die Schweiz wesentliche Bestimmungselemente wie die direkte Demokratie erhalten bleiben. Wie auch immer, die Frage bedarf der Klärung, bis sich im Zuge der Brexit-Verhandlungen die Position Grossbritanniens zum europäischen Binnenmarkt klärt.

Ebenfalls geklärt werden muss die Frage, welche *Rosinen* die Schweiz denn *anbieten* könnte, auf dass nicht der Eindruck einer völlig asymmetrischen Begünstigung vorherrscht. Einerseits gälte es gewiss das aktiv anzubieten, was unser Land seit je für Europa leistet: Stabilität im Kern des Kontinents, nunmehr auch mit hohen Investitionen deutlich verbesserte Infrastruktur zur freien Durchfahrt durch die Alpen, Kooperationswilligkeit und Zahlungsbereitschaft auf allen Ebenen und in allen denkbaren Themen. Darüber hinaus könnte die Schweiz aber angesichts der nunmehr höheren Einstufung nationaler Interessen in der Welt wieder ihre Qualitäten als neutrale Instanz und Plattform ins Spiel bringen. Gerade die skizzierten neuartigen Bedrohungen im Terrorismus und im Cyber-Raum verlangen wegen ihrer Nähe zu zivilen Belangen nach einer machtfernen Verortung, genau so, wie es sie das Inter-

nationale Rote Kreuz im 20. Jahrhundert brauchte, um seinen Aufgaben flächendeckend nachkommen zu können. Dank «Genf» genoss die Schweiz über lange Zeit hinweg eine Art Unantastbarkeit, eine Eigenschaft, die nun als grosses strategisches Projekt in einer sich neu ausrichtenden Welt wieder zu suchen wäre.

Wir bezweifeln allerdings, dass aufgrund der rein durch die Masse gegebenen Asymmetrie zwischen dem Klassenersten und der ganzen Klasse diese Verzahnungsstrategie hinreichend bleiben kann. Dies selbst dann nicht, wenn sich die ganze Klasse in Aufruhr befindet. Der jeweiligen Angriffsflächen und Erpressungsmöglichkeiten sind zu viele. Wir befürchten, dass die Schweiz längerfristig um eine gewisse *Protektion* durch einen *grossen Bruder* nicht herumkommen wird. Der logische Partner sind die USA und vorgelagert Grossbritannien, die beide ausserhalb der «Klasse», also der EU, stehen, zu denen letztere aber in einem Abhängigkeitsverhältnis steht. Dies zumal dann, wenn sich die Nato der Migrationsthematik annehmen würde. In Bezug auf das mögliche Verhältnis der Schweiz zu den grossen Brüdern USA und Grossbritannien reicht die Lieferung von Rosinen leider vermutlich nicht aus; es braucht ein darüber hinaus gehendes Austauschverhältnis. Die Leistung der Schweiz kann einmal mehr Konstanz im Herzen eines fragilen bis instabilen europäischen Kontinents sein, müsste im Falle der auch die Schweiz existentiell betreffenden Migrationsproblematik wohl aber deutlich weitergehen, bis hin zur finanziellen und physischen Beteiligung. Darüber hinaus stellen sich auch im rein militärischen Bereich Fragen der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit, die über das zarte Pflänzlein der «Partnerschaft für den Frieden» hinausgehen müsste. Denn einem kleinen Land sind bezüglich Sicherheit gegenüber dem Weltraum, dem Luftraum und dem Cyberraum faktische Grenzen gesetzt. Trittbrettfahren ist auf die Länge problematisch; eine sorgfältige Abstimmung bezüglich dem, was man selber leisten kann und will, und den Bereichen, in denen eine Kooperation notwendig scheint, und den Belangen, aus denen man sich mittels Delegation der Aufgaben besser fernhält, erscheint nun fällig.

Das Problem: Jahrzehntelang fehlgeleitete Erwartungsbildung, nicht erst in Bezug auf die jüngsten Abstimmungs- und Wahlergebnisse, sondern vielmehr auch in Bezug auf die Zukunftsfähigkeit der versuchten europäischen Staatenbildung, illusorisches Wunsdenken sowie der vielen Klassenersten eigene Minderwertigkeitskomplex haben bislang eine strategische Debatte in diesem Land weitgehend verhindert. Die Meteoriteneinschläge vom 23. Juni und vom 9. November 2016 sind Weckruf und Menetekel zugleich, Versäumtes nachzuholen.

KH, 5. DEZEMBER 2016

M1 AG  
Postfach 344, Museumstr.1  
9004 St.Gallen – Schweiz  
Telefon +41 (0) 71 242 16 16  
Telefax +41 (0) 71 242 16 17  
info@m1ag.ch

Abonnieren: [www.bergsicht.ch](http://www.bergsicht.ch)